

Stadt Mühlheim am Main

Antragsteller/in:
Fraktionen CDU, GRÜNE, BÜRGER und FDP

Mühlheim am Main, den 01.09.2021

Drucksache Nr.:
119/2021/2026

Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP	Öffentlich	Nicht öffentlich
Ausschuss für Familie, Soziales, Kultur und Integration	14.09.2021	12	X	
Stadtverordnetenversammlung	23.09.2021	19	X	

Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE, BÜRGER und FDP: Antidiskriminierungsbeauftragte*r

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah eine*n Antidiskriminierungsbeauftragte*n in der Mühlheimer Stadtverwaltung zu benennen.

Der*die Antidiskriminierungsbeauftragte*r soll als Ansprechpartner*in für jede Form von Diskriminierung dienen.

Diese*r soll eine Erst- und Verweisberatung für Betroffene bieten und insbesondere eingehende Beschwerden von Bürger*innen, die durch Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, der städtischen Gesellschaften, sonstige Behörden und/oder Privatpersonen diskriminiert werden, entgegennehmen und dies statistisch erfassen.

Eine Koordinierung mit den Tätigkeitsbereichen und Aufgaben der Frauenbeauftragten, der*des Integrationsbeauftragten, der*des Senior*innenbeauftragten, der*dem Behindertenbeauftragten und dem Ausländerbeirat der Stadt Mühlheim ist erforderlich.

Diese*r soll die Bürger*innen über deren Schaffung und deren Arbeit informieren und öffentlich aufklären.

Diese*r soll jährlich einen Bericht zu deren Arbeit der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme vorlegen.

Erläuterungen:

Aufbauend auf unserem Grundgesetz hat die Bundesregierung im Jahr 2006 mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eine umfassende Grundlage für den Schutz der Bürger*innen vor Diskriminierung geschaffen. Das gesetzliche Diskriminierungsverbot erfasst Benachteiligungen, deren Gründe in Geschlecht, Abstammung, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiösen oder politischen Anschauungen, Behinderung, Alter, sexueller Identität oder Orientierung oder rassistischen Gründen liegen.

Diskriminierung findet auf individueller und gesellschaftlicher Ebene sowie auf institutioneller Ebene statt. Mit einer*m Antidiskriminierungsbeauftragten setzt die Stadt Mühlheim ein Zeichen, dass sie Ansprechpartnerin für alle Menschen mit Diskriminierungserfahrungen ist.

Die Beratung der*s Antidiskriminierungsbeauftragten soll auf das Beseitigen der benachteiligenden Situation hinwirken. Dabei kann die Kontaktaufnahme zu potenziellen Diskriminierungsverantwortlichen, die Weitervermittlung zu spezialisierten Anlaufstellen oder die Bereitstellung allgemeiner Informationen zum Diskriminierungsschutz ein Mittel sein.

Marius Schwabe
(Fraktionsvorsitzender)

Eva Jakob
(Fraktionsvorsitzende)

Dr. Jürgen Ries
(Fraktionsvorsitzender)

Michael Bill
(Fraktionsvorsitzender)